



Resolution:

Finanzhilfen für das Studentenwerk Hannover – und zwar schnell!

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Der SPD-Ortsvereinsvorstand Herrenhausen-Stöcken möge beschließen und durch die Fraktion in den Bezirksrat einbringen:

Das Studentenwerk Hannover plant zum Wintersemester 2011/2012 eine Erhöhung der Beiträge für die hannoverschen Studierenden von bis zu 18,2 Prozent. Hauptgrund hierfür ist die Ablehnung einer durch das Studentenwerk bei der niedersächsischen Landesregierung beantragten Finanzhilfe bei Renovierungsarbeiten an den Studentenwohnheimen in Hannover.

Wir als Bezirksrat Herrenhausen-Stöcken solidarisieren uns dabei sowohl mit dem Studentenwerk, als auch mit den Studierenden in Hannover, insbesondere in unserem Stadtbezirk Herrenhausen-Stöcken. Das Studentenwerk hat durch das jahrelange verantwortungslose Handeln der niedersächsischen CDU-FDP-Landesregierung überhaupt keine andere Möglichkeit, als die Studierenden für die anstehenden dringenden Maßnahmen zu belasten. Gleichzeitig sind jedoch auch die Studierenden kein Adressat für die Rechnungen, die durch die baulichen Maßnahmen entstehen. Eine besondere Härte stellt dabei das taktische Vorgehen des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) dar. Das MWK hatte sich vorher an der generellen Absprache über die Sanierungskosten beteiligt, jedoch hinterher nicht dafür gesorgt, dass das Land einen Teil der finanziellen Mittel zur Verfügung stellt.

Über Jahre hinweg wurden die Mittel des Landes Niedersachsen für die Studentenwerke zusammengestrichen. Die Ablehnung der Finanzhilfen für die baulichen Maßnahmen an hannoverschen Wohnheimen ist daher nur symptomatisch für die unsolidarische Politik der derzeit regierenden Parteien in Niedersachsen. Belastet werden bei dieser Landesregierung nur diejenigen, die ohnehin mittellos sind oder sich auf Grund ihrer Ausbildungssituation noch keine Lebensgrundlage aufbauen konnten.

Neben dieser unsozialen Komponente sorgt die zwangsweise daraus resultierende Maßnahme durch das Studentenwerk, nämlich die Erhöhung der Studentenwerksbeiträge für die Studierenden, zusätzlich für eine Entsolidarisierung unter diesen. Einige Studierende, die nicht in Wohnheimen wohnen, können nicht verstehen, warum ausgerechnet sie die anstehenden baulichen Maßnahmen mitfinanzieren sollen – stattdessen solle man doch die Mieten erhöhen, ist im Forum der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zu lesen. **An dieser Stelle sprechen wir uns als Bezirksrat Herrenhausen-Stöcken in aller Deutlichkeit dagegen aus, die Mieten für Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnheime zu erhöhen.** Diese sind nämlich oft gerade wegen ihrer fehlenden finanziellen Mittel wohnhaft in den Heimen. Die soziale Verantwortung des Studentenwerks gegenüber Studierenden, die im Wohnheim leben, darf nicht auf diese abgewälzt werden.

Auch in unserem Stadtbezirk befindet sich ein Wohnheimkomplex des Studentenwerks („Dorotheenstraße“), das laut Studentenwerk ebenfalls renovierungsbedürftig ist und deshalb auf der Liste der zu sanierenden Wohnheime steht. Ein ordentlich saniertes Wohnheim ist unserer Auffassung nach elementar für das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Studierenden in unserem Stadtbezirk. Gerade im Hinblick auf die Attraktivität unseres Stadtbezirks für junge Menschen, die in Hannover studieren, halten wir die Renovierungsarbeiten für sehr wichtig.

Wir fordern deshalb eine Erhöhung der Finanzhilfen für das hannoversche Studentenwerk durch die niedersächsische Landesregierung, sodass die anstehenden baulichen Maßnahmen an den Wohnheimen solidarisch aus Steuermitteln finanziert werden können.